

Postindustrielle Wirtschaft und Demokratie in der Zwickmühle - ist die Bürgergesellschaft ein Ausweg?

(Auszug mit Änderungen aus dem gleichnamigen Beitrag zum Band
„Wer macht, bestimmt“,
herausgegeben vom Arbeitskreis Demokratie der Friedrich-Naumann-Stiftung, 2004)

In der Vorstellung liberaler Kräfte besteht eine Bürgergesellschaft aus eigenständig denkenden und handelnden Menschen, die durch engagiertes Leben und Wirtschaften zur Verbesserung des Gemeinwohls beitragen. Dabei wird implizit die Gültigkeit des Subsidiaritätsprinzips unterstellt: das Individuum bedarf der Hilfe Anderer (z. B. des Staates) nur dann, wenn es eine Herausforderung nicht aus eigener Kraft bewältigen kann. Wer jedoch beurteilt, was ein Mensch kann und ab welchem Punkt er nicht mehr kann? Zunächst einmal der Bürger selbst. Was aber, wenn die Anforderungen an den Einzelnen seine Fähigkeiten übersteigen, wenn er in der Herausbildung seiner Fähigkeiten von der Gesellschaft abhängig ist (z. B. von der Qualität des Bildungssystems) oder wenn er sich nicht seinen Fähigkeiten entsprechend ausbildet weil er glaubt, damit am „Markt“ nicht das Einkommen erzielen zu können, das er für ein Leben nach seinen Vorstellungen benötigt? Und was ist, wenn dies nicht nur für ein „Leben nach seinen Vorstellungen“ sondern für das blanke Überleben, die Sicherung seiner Existenz gilt?

Die Politik unserer Tage steht vor **paradoxen Herausforderungen**: einerseits soll eine Mindestabsicherung (derzeit: Sozialhilfe) so niedrig sein, dass der/die Einzelne noch einen Anreiz zur Arbeit hat. Zweitens sollen die Löhne dabei so niedrig sein, dass Unternehmen Einstellungen vornehmen und die Arbeitslosigkeit sinkt. Und drittens soll eine Mindestabsicherung auch tatsächlich die Existenz sichern. Eine Quadratur des Kreises? Die Globalisierung führt nicht nur zu steigenden Exporten sondern auch zu möglichen niedrigeren Lohnkosten durch Verlagerung der Produktion ins Ausland. Das drückt auf die gewachsenen Sozialstrukturen in Deutschland und führt dazu, dass die zusammengelegte Arbeitslosen- und Sozialhilfe - Hartz IV - nicht mehr die Existenz sichert.¹

¹ Vgl. MARTENS (2004)

Wo liegen die Ursachen und was begründet die Unlösbarkeit der Probleme in der aktuellen Diskussion? Wenn das Denken in Spielzügen und Spielregeln wie in Straßenverkehr oder beim Sport², nicht mehr ausreicht, können vielleicht weitere Dimensionen unser Gesichtsfeld erweitern. Bemühen wir die Metapher der „Quadratur des Kreises“ noch einmal: der „Kreis“, das Phänomen des oben erwähnten Paradoxon, sei die konventionelle Sichtweise der Probleme. Ändern wir den Blickwinkel würde deutlich, dass das Problem komplexer und dadurch vielleicht lösbarer ist als es zunächst scheint: der Kreis sei dann ein von oben betrachteter Zylinder. Durch eine Drehung um 90° wird dem Betrachter die quadratische Struktur erkennbar. Diese - zugegebenermaßen etwas spitzfindige - Analogie kann unser Bewusstsein dafür stärken, dass die Probleme lediglich nach den bisherigen Denkmustern unlösbar erscheinen.

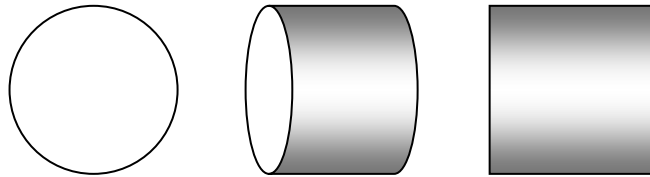


Abb. 1: Die „Quadratur des Kreises“?

In Abb. 1 sei die Quadratur des Kreises einmal visualisiert. Womöglich liegen Lösungen in der Hinzunahme zumindest einer Dimension: ist in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit die Arbeit und das auf Arbeit basierende Erwerbseinkommen eine geeignete Basis für die Existenzsicherung?

Im Jahr 2004 ist die Wirtschaft in Deutschland - wenngleich auch nicht mit der erhofften Stärke - gewachsen. Zugleich hat die Armut weiter zugenommen, wie der aktuelle Armutsbericht der Bundesrepublik Deutschland zeigt. Sind angesichts dieses Umstandes die Probleme eher produktionsseitig oder absatzseitig zu identifizieren? Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit in 2004 suggeriert, es handele sich um ein Produktivitätsproblem. Tatsächlich jedoch ist die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig und gehören die deutschen Produkte zu den gefragtesten in der Welt.³ Das Problem ist die Bin-

² Vgl. HOMANN und BLOME-DREES (1992).

³ BOFINGER (2004).

nennnachfrage. Ist eine produktionsseitig argumentierende und handelnde Politik in Deutschland angesichts dieser Verhältnisse eine „wahrhaftige“ Politik, wie Bundespräsident HORST KÖHLER Ende 2004 forderte? Oder ist sie eine von Interessengruppen gesteuerte Politik, die Ungleichgewichte der Machtverhältnisse und somit in der Folge auch der Vermögensverhältnisse offenbart? Kann schwindendes Vertrauen der Bevölkerung angesichts dieser Politik verwunden? Wie kommt es, dass auch in 2004 zunehmender Fortschritt zunehmende Armut in Deutschland bedeutet? Gibt es Möglichkeiten, dies zu verhindern? Wenn es sie gibt, warum werden sie nicht ergriffen? Wird hier deutlich, dass Deutschland nicht nur eine Renten-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Steuerreform braucht sondern vielleicht auch - oder insbesondere - das bundesdeutsche politische System einer Reform bedarf?

Die in den letzten Jahrzehnten stark angestiegene Produktivität versetzt Industrienationen in die Lage, mit einem Bruchteil der früheren Arbeitskräfte die gleiche Zahl von Produkten in gleicher oder besserer Qualität herzustellen. JEREMY RIFKIN bemerkt hierzu: „Die zentrale These kapitalistischer Wirtschaftstheorie [...], dass technologischer Fortschritt und Produktivitätszuwachs alte Jobs vernichten, aber auch genauso viele neue schaffen trifft nicht mehr zu.“⁴ Wie ein aktueller Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zeigt, stößt der Staat bei der Sicherung der Existenzgrundlagen seiner Bürger aus wesentlich einkommensteuerfinanzierten Transferzahlungen angesichts steigender Arbeitslosigkeit an seine Grenze: die ab Januar 2005 gezahlten Sozialleistungen werden als ca. 20% zu niedrig eingeschätzt.⁵ Führt sich eine Existenzsicherung auf der Basis von Erwerbseinkommenssteuern bei zunehmender Arbeitslosigkeit nicht womöglich selbst ad absurdum?

Die beschriebene Entwicklung wird begleitet von einer weiteren, die ebenfalls Beachtung verdient: die hohe Produktivität hat zur Folge, dass heute mehr als die benötigten Güter hergestellt werden. Die Situation früherer Zeiten, dass die Produktion den Bedarf der Menschen nicht decken kann ist - auch angesichts unausgelasteter Produktionskapazitäten - überwunden. Eine mangelnde Produktion - und mit ihr die Leistungsanreize als teilweise Begründung für ungleiche Einkommensverteilung - scheint nicht die Ursache der

⁴ RIFKIN (2004).

⁵ Vgl. MARTENS (2004)

heutigen Probleme zu sein. Ist eine Existenzsicherung mit verringerter Abhängigkeit von Einkommenssteuern jedoch denkbar? Welche alternativen Lösungen existieren? Jeder Mensch - ob mit oder ohne Arbeit - muss konsumieren, um zu überleben. Kann die Konsumsteuer und eine Umlage der Einnahmen auf alle Bürger in Form eines bedingungslosen Einkommens ein Lösungsansatz sein? Würde ein solcher Ansatz das oben beschriebene Paradoxon zu lösen vermögen? Welche Widerstände sind zu erwarten und mit welchen Argumenten ist zu rechnen?

Eines der Hauptargumente gegen bedingungsloses Einkommen, ein „Bürgereinkommen“, ist das der Anreize für Leistung und der drohenden Faulheit der Menschen, wenn sie leistungslos Einkommen beziehen. Dagegen könnte sprechen, dass ein solches Einkommen bei seiner Einführung nicht gleich in voller Höhe das Existenzminimum decken würde und dass es selbst wenn es dies erreicht eben nur dazu geeignet ist, das Minimum zu sichern. Die individuellen Ziele von Wohlstand, mehr Zeit mit Familie und Freunden, für die eigene und selbstbestimmte kulturelle Entfaltung etc. bleiben nach wie vor erstrebenswert. Eine Grundsicherung reduziert lediglich die Schärfe der Existenzbedrohung. Gegen die befürchtete Faulheit spricht auch, dass die Selbstmotivation des Einzelnen unterschätzt, wer den Menschen auf reine Anreizmotivation reduziert.⁶ Ein drittes Argument ist, dass bereits heute die Summe der staatlichen Leistungen an die Bürger eine Existenzsicherung darstellt,⁷ allerdings mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden ist, wesentlich aus Einkommenssteuermitteln finanziert und von der politischen und finanziellen „Großwetterlage“ abhängig ist. Würde „ein garantiertes Einkommen [...] aus dem Schlagwort ‚Freiheit‘ eine Realität machen“⁸? Ist eine solche Art von Freiheit ein utopisches Ideal? Oder führen nicht gerade der durch die Abwesenheit dieser Freiheit ausgelöste Druck und die Angst der Existenzbedrohung zu einem Verlust an Kreativität der Menschen, die für einen Wirtschaftsstandort so wichtig ist, und verursacht so immensen volkswirtschaftlichen Schaden⁹?

⁶ Vgl. HARDORP (1994).

⁷ Vgl. SCHULZ (2004).

⁸ FROMM (1986).

⁹ Vgl. HÜTHER (2001).

Ein zweites wesentliches Argument gegen ein bedingungsloses Einkommen ist das der Finanzierbarkeit. Auch hier ist einer der relativierenden Aspekte der, das bereits Transferzahlungen in einer Höhe pro Kopf erfolgen, die eine Existenzsicherung ermöglichen. Wenn die Maßnahmen zur Bewertung der Bedürftigkeit im Zuge eines in zunehmenden Teilen bedingungslosen Einkommens nicht mehr erforderlich wären, würde dies zu Einsparungen in der Verwaltung führen. Ebenso relativierend ist - dazu muss noch einmal die obige Analogie bemüht und der Blickwinkel erweitert werden - das bereits heute auch die Einkommensteuer letztlich von den Konsumenten gezahlt wird: nämlich über den Preis der Waren. Sie erwerben ein Produkt, das ein Unternehmen durch Einkauf von Vorprodukten und deren „Veredelung“ durch die eigenen Mitarbeiter verkaufen kann. Dieser Zusammenhang besteht rückwirkend bis zu den Menschen und Unternehmen, die auf natürliche Ressourcen (Nutzung von Boden) zur Herstellung ihrer Produkte zurückgreifen. Wäre eine direkte Besteuerung dort, wo der „Mehrwert“ tatsächlich erst vom Kunden durch den Kauf „bestätigt“ wird nicht einfacher und ehrlicher, „wahrhaftiger“?

Ein konsumsteuerfinanziertes und bedingungsloses Bürgereinkommen löst nicht alle Probleme. Die Lösung des oben skizzierten Paradoxon jedoch rückt näher an den Bereich des Machbaren heran: bei einem bedingungslosen Grundeinkommen für Alle bleibt a) der Leistungsanreiz erhalten, b) können Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit zu niedrigen „Kosten“ anbieten (weil sie nicht vom Erwerbseinkommen „abhängig“ sind) und ist c) die Existenz des Einzelnen gesichert. Das Bürgereinkommen kann einen Beitrag leisten zu einer Existenzsicherung, die auch im Angesicht wachsender Arbeitslosigkeit stabil ist. Eine weitere Quelle zur Finanzierung eines solchen Bürgereinkommens soll an dieser Stelle nur angedeutet sein: in Perioden sinkender Zinssätze und einer Baisse an den Börsen ist es mangels attraktiver anderer Anlageformen in den vergangenen Jahren in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA zu hohen Investitionen in Grundbesitz und somit stark steigenden Immobilienpreisen gekommen. Durch die Beleihung von Immobilien wird ein Teil des Konsums finanziert, wodurch sich Haus- und Grundbesitzer zunehmend verschulden¹⁰. Nach dem Platzen von Spekulationsblasen fallen die Preise von Immobilien, die Belei-

¹⁰ Vgl. RIFKIN (2004).

hungswerte decken Kredite nicht mehr und sie werden von den Banken fällig gestellt. Die Menschen verlieren so ihren Grundbesitz und ihre Existenz ist gefährdet, wenn sie den Restkredit aufgrund eines nicht ausreichenden Einkommens oder aufgrund von Arbeitslosigkeit nicht abbezahlen können. Eine höhere Besteuerung von Immobilienspekulationsgewinnen würde die erwarteten Renditen für Investoren sinken lassen und könnte eine Überhitzung des Immobilienmarktes verhindern helfen. Gleichzeitig würden auf diese Weise Steuereinnahmen als weitere Finanzierungsquelle für ein stabiles Bürgereinkommen generiert. Eine dritte mögliche Einnahmeform können höhere Seignoragegewinne der Zentralbank sein. Diese können durch ein verändertes, die Kreislauffunktion des Geldes förderndes, Geldrecht entscheidend gesteigert werden¹¹.

Besteht angesichts der oben beschriebenen Diagnosen eine Alternative zur Entkopplung von Arbeit und Einkommen, die nicht in Pauperismus, der schon heute zu beobachtenden Verarmung zunehmender Bevölkerungsteile, mündet? Und für den Fall, dass leistungslose Einkommen einen Beitrag zur Grundversorgung leisten können: wie würden die Details eines solchen Bürgereinkommens aussehen? Welche Ansprüche hätten im Ausland lebende Staatsbürger bzw. ausländische Mitbürger? Ein Bürgereinkommen ist keine Patentlösung, aber womöglich könnte es einen Beitrag zur Entkopplung von Arbeit und Einkommen leisten und somit zur Existenzsicherung in der postindustriellen Gesellschaft.

Haben wir als Gesellschaft unser Bewusstsein so stark entwickelt wie unsere Produktivität? Vertreten wir nicht immer noch den Standpunkt „nur wer arbeitet soll auch essen“? Oder sind wir dabei, das Umdenken zu vollziehen und erkennen möglicherweise, dass Produktivitätszuwächse es uns ermöglichen, jedem Bürger unabhängig von seiner Erwerbstätigkeit ein Grundeinkommen in ausreichender Höhe zu garantieren und so die Grundlage zu bilden für eine Gesellschaft in freier und selbstbestimmter Entfaltung?

Die oben angesprochenen Maßnahmen könnten bereits heute ergriffen werden. Solange führende Politiker sich jedoch gegenseitig für die existierenden Probleme verantwortlich machen anstatt nach weiteren Ursachen und Lösungen zu suchen und dabei beachtliche

¹¹ Vgl. KEYNES (1936).

Einkommen, Nebenverdienste und umfangliche Pensionszusicherungen einstreichen während ein zunehmender Teil der Bevölkerung der Armut ausgesetzt ist besteht wenig Hoffnung für die von Bundespräsident KÖHLER geforderte Wahrhaftigkeit in der Politik, geschweige denn auf eine ernsthafte Verbesserung der Lage für die betroffenen Menschen. Ist es verwunderlich, dass Politik Lösungsmöglichkeiten nicht ergreift, wenn sie sich noch nicht zum Umdenken gezwungen sieht? Und kann es verwundern, dass Politik nicht umdenkt wenn die entscheidenden Personen selbst die letzten sind, die persönlich unter der Krise in Staat und Gesellschaft zu leiden haben? Es soll hier nicht um individuelle Schuldzuweisungen gehen sondern um ein Plädoyer für eine saubere Analyse der politischen Institutionen. Ist die Politik mit den gestellten Aufgaben nicht sichtbar überfordert, zeigt somit das bundesdeutsche politische System Schwächen und bedarf selbst grundlegender Reformen?

Dem Ideal einer Gesellschaft freier BürgerInnen in der Politik entsprechen starke plebiszitäre Elemente. Auch hier sind es neue Technologien die es dem Bürger ermöglichen, sich verstärkt in der Politik zu beteiligen. Das Internet als modernes Medium bidirektionaler Informationsflüsse kann nicht nur der Information der Bürger dienen sondern, besonders bei weiter verbesserter Datensicherheit, als Abstimmungsmedium. Auf diese Weise hat eine moderne Republik die Chance, sich zu einer echten Bürgerdemokratie zu entwickeln. Parteien haben dann, ähnlich wie bereits heute in der Schweiz, die Aufgabe, Abstimmungen vorzubereiten und den Souverän, den Bürger, durch ihre parteispezifischen Politikentwürfe in seiner Entscheidungsfindung zu unterstützen. So können Sachfragen in den Mittelpunkt rücken.

Die Bürgergesellschaft der Zukunft ist auf die Eigeninitiative der Individuen angewiesen und kann zu abnehmender Fremdbestimmung des Bürgers bzw. der Bürgerin führen, die sich selbst und ihre individuellen Fähigkeiten und Aufgaben nicht nur erkennen können sondern durch eine von bürgerlicher Interdependenz geprägten Gesellschaft dazu ermutigt und veranlasst sehen. Selbstbestimmung *und* soziale Gerechtigkeit - statt: Selbstbestimmung *oder* soziale Gerechtigkeit - können nur erreicht werden durch eine konsequent freiheitliche Ordnung in Staat, Kultur und Wirtschaft!

Quellen/Literaturempfehlungen:

BOFINGER, PETER (2004), Wir sind besser als wir glauben, 2004.

FROMM, ERICH (1986), Das garantierte Grundeinkommen - Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt am Main 1986.

HARDORP, BENEDIKTUS (1996), Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen als Weg zur selbstmotivierten Arbeit, Freiburg 1994.

HÜTHER, GERALD (2004), Bedienungsanleitung für ein menschliches Gehirn, Göttingen 2001.

KEYNES, JOHN MAYNARD (1936), Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Leipzig 1936.

MARTENS, RUDOLF (2004), "Zum Leben zu wenig ..." - Expertise zu Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II (Hrsg: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.), Frankfurt am Main 2004.

RIFKIN, JEREMY (2004), Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt am Main 2004.

SCHULZ, ERNST ULLRICH (2004), Grundeinkommen - das Element einer freien Gesellschaft, Freiburg 2004.